



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

♀: Die badische Frage vor dem Reichstag.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

um die Deutschen nicht allzusehr gegen die Fremden zu benachtheiligen. Auch hierin ist der Entwurf ein mühsamer Compromiß aus einem harten Kampf entgegenstehender Interessen und in allen Hauptsachen unendlich besser, als die ungenügenden Bestimmungen, welche bis jetzt den Musikalien- und Kunsthandel fast rechtlos machten.

Die Annahme des unveränderten Gesetzentwurfs durch den Reichstag wäre für das gesammte Verkehrswesen der Literatur und Kunst ein sehr großer Gewinn, ein Amendiren einzelner Bestimmungen würde wahrscheinlich den ganzen systematischen Aufbau verderben. Deshalb wird hier in geziemendem Respect der innige Wunsch ausgesprochen, daß es dem Reichstag gefallen möge, ausnahmsweise einmal den Entwurf, sowie er vorliegt, zum Gesetz machen zu helfen.

G. F.

### Die badische Frage vor dem Reichstag.

In den ersten Wochen wollte es dem Reichstage nicht recht glücken. Auf einem großen Theil der Versammlung lastete in Folge der übermäßigen Anstrengung durch den preussischen Landtag die Ermüdung. Es war nicht zu verwundern, daß die Mitglieder nicht sogleich in beschlußfähiger Anzahl erschienen, denn viele, welche den Winter über im Landtage gearbeitet hatten, benutzten die Eröffnungswoche, um für einige Tage für Familie und Privatinteressen zu sorgen. Die Zumuthungen, welche der neue Staat seinen politischen Männern stellt, überschreiten zur Zeit noch das Maß gewöhnlicher guter Leistungsfähigkeit. Und wir blicken mit einer Theilnahme, die nicht ohne Besorgniß ist, auf die Gefahren, welche durch die unablässige Beschäftigung mit den verschiedensten Materien der Gesetzgebung auch starker Lebenskraft bereitet werden. Die frische Production der Redner, Sammlung der Berathenden und eingehende Würdigung des Details werden kaum noch durchgesetzt. Wir sind freilich auch ebenso innig überzeugt, daß alle diese Arbeit doch gethan werden muß, und daß jede Stockung in dem System der Bundesgesetzgebung ein ungeheurer Schade für den Staat wäre.

Auch der Antrag Lasfers, welcher bezweckte, der badischen Regierung Anerkennung ihrer bundesmäßigen Haltung auszusprechen und die Aufnahme Badens in den Bund zu fördern, fand nicht die Behandlung, welche bei einer politischen Frage von so eminenten Bedeutung zu wünschen war, ja es steht zu besorgen, daß das Resultat für die badische Regierung selbst nachtheilig werden wird. Wollte man nur einer bundesfreundlichen Regierung wohlthun, so mußte man, wie die Persönlichkeit unseres Bundeskanzlers einmal ist, denselben vorher von dem Antrage in Kenntniß setzen; wollte man den Bundeskanzler selbst in der Mainfrage vorwärts zu drängen suchen, so mußte man ebenfalls sorgfältig vermeiden, was sein Selbstgefühl kränken und seine große Reizbarkeit herausfordern konnte; wollte man endlich eine ernsthafte Kritik seiner Politik üben, so mußte man, auf alle Folgen vorbereitet, mit größeren Mitteln und besseren Argumenten ins Feld ziehen. Graf Bismarck ist nicht durch kleine Nadelstiche von seinem Wege abzuführen. In jedem Falle durfte am Ende der Debatte nicht der ganze Antrag, nur der letzte Theil zurückgezogen werden, das Resultat der Verhandlung mußte ein Dankvotum des Reichstags für die bundestreue Haltung Badens werden.

Auch Graf Bismarck hat mehr gesagt, als nützlich war. Die Bemerkung über geheime Einwirkungen auf das treue Gemüth des Abgeordneten Lasfer hätten wir weggemünscht und noch mehr die kränkende Andeutung auf eine gewisse Ermüdung der badischen Regierung und auf die Länge der Zeit, welche bis zum Eintritt Badens möglicherweise verstreichen könne. Denn es ist klar, daß dieser Ausdruck aus seinem Munde für die preußische Partei und das preußisch-gefinnte Ministerium in Baden kein Gewinn sein kann. — Anderes in seinen Reden war wieder bedeutend und charakteristisch: die eigenthümliche Mischung von kluger Hinterhältigkeit und rücksichtslosem Ausprechen, das geheime fatalistische Vertrauen auf seine glückliche Hand, die verbindliche Annahme, welche er in seinen Reden jetzt zuweilen der nationalen Partei eröffnet, daß sie dereinst die Ministerstühle einnehmen werde. Vieles in seinen wirkungsvollen Reden ließ die Hörer unsicher, ob es sorgfältig überlegte Worte eines verdeckten Staatsmannes, oder frische Improvisation eines kräftig angeregten Gemüths war.

In der Hauptsache fühlten sich beide Theile gehindert, die volle Wahrheit zu sagen. Seit vier Jahren ist die Opportunität der Mainlinie die große Streitfrage, welche nicht nur die Parteien, auch die Parteigenossen scheidet. Auch in der nationalen Partei ist die Zahl derer nicht gering, welche für zweckmäßig erachten, dem Bunde vorläufig die demokratische Zuchtlosigkeit und die ultramontanen Tendenzen des Südens fernzuhalten. Die fortgesetzte Unsicherheit und Zwiespaltigkeit im Urtheil ist vielleicht schon an sich ein Beweis, daß kluge Erwägungen hier gar nicht allein zu entscheiden das Recht haben. — Der Bundeskanzler selbst hat in dieser Frage längst Partei genommen. Als er im Jahre 1866 den Frieden schloß in Stunden, wo ihm Gedanken und Willen aufs Höchste gespannt waren und wo er unter dem Eindruck ungeheurer Ereignisse mit schnellem Entschluß wie nach Inspirationen arbeitete, damals wählte er zwischen zwei Wegen. Er konnte auf Grundlage des alten Bundes und seines Programms vom 10. Juni unseren neuen Bundesstaat mit Ausschluß Oesterreichs aus widerstandslosem Material für ganz Deutschland construiren. Dann wurde die Reorganisationsarbeit schwieriger und es wurde ein Bundesstaat, bei dem wir doch jetzt auch angelangt sind. Er wählte die Aussicht auf einen enger concentrirten Staat, in dem er damals wahrscheinlich die Einheit straffer zu begründen hoffte. Er wählte so im Einklange mit seinem ganzen Wesen; wir, die Mitlebenden, haben deshalb keinerlei Recht, ihm einen Vorwurf zu machen, erst der Nachwelt wird es zustehen nach dem letzten Erfolg darüber zu urtheilen. Das weiß der Bundeskanzler wohl und es ist natürlich, daß er eifrig bemüht ist, den Beweis zu führen, wie er damals am Main und in Sachsen das Rechte gewählt hat, und daß er leicht in jeder anderen Auffassung eine absällige Beurtheilung seiner großen That argwöhnt.

Durch Verträge schnürte er die Südstaaten an den Nordbund. Und er sprach neulich im Reichstag mit Emphase aus, daß durch diese Verträge ein Stück kaiserlicher Gewalt für den Kriegsherrn des norddeutschen Bundes gewonnen sei, wie seit 500 Jahren kein Kaiser besessen. Nach den Verträgen gewiß, aber er selbst täuscht sich zuverläßig am wenigsten darüber, daß durch diese Verträge für die Südstaaten noch nicht der gute Wille und nicht die Fähigkeit gewonnen ist, den Verträgen im Fall der Noth nachzukommen. Er wird weder auf die Zuverlässigkeit der neuen Militäreinrichtungen in Bayern und Württemberg übergroßen Werth legen, noch von der Energie der südlichen Regierungen erwarten, daß sie in Zeiten der Prüfung über einer abge- neigten Bevölkerung ihre Vertragspflicht erfüllen.

Aber die subtilsten Gründe und Gegen Gründe sind in großen Lebensfragen eines Volkes fast immer nur Deutungen oder Vorwände für Wunsch oder Abneigung und für einen inneren Zug des Gemüths, und wir sind der Ansicht, daß dem Bundeskanzler im letzten Grunde die Mainlinie recht ist, weil ihn die alte Abneigung der Süddeutschen gegen Preußen und gegen seine große Arbeit von 66 und 67 oft verlezt hat und weil er sein Werk nicht durch den Zutritt unartiger Bötter neuen Reisen ausgesetzt sehen will. Auf der anderen Seite ist das letzte Motiv derer, welche baldigen Zutritt fordern, auch ein gemüthliches. Die draußen sind Landsleute, die uns werther sind, als wir Preußen ihnen, weil wir mehr von ihnen kennen, als sie von uns. Wir empfinden fortwährend mit verwandtschaftlicher Sorge, daß sie schwächer und politisch schlechter werden durch unser Glück. Uns hat das Jahr 1866 einen großen Staat, mächtigen Tummelplatz für jede Art von Kraft, Freude, patriotischen Stolz gesteigert, sie hat unser Erfolg gedemüthigt, verbittert, klein und arm gemacht. Bis zum Jahre 1866 konnten auch sie sich als politische Deutsche fühlen; wer bei ihnen heraufkam, hatte Willen und Sehnsucht, Plan und Hoffnung, die über den Kleinstaat hinausgingen; das Alles ist ihnen jetzt genommen und zerschlagen, mit bitteren Gefühlen sehen sie auf die Invaliden ihres ruhmlosen Feldzugs, mit Groll und Neid lesen sie von den Salutschüssen, mit denen die Kriegsflagge des norddeutschen Staates in fremden Welttheilen begrüßt wird. Ihre Regierungen sind souverän gemacht, sie selbst wachsen auf in der Misere der kleinen Händel und Parteeiungen ihrer Kirchspiele und immer tiefer frißt der Troß, die Furcht und Abneigung gegen das fremde Leben sich in ihre Seelen ein. Man sagt, es ist so gekommen durch ihre Schuld! Aber was können sie dafür, daß sie in Kleinstaaten geboren wurden als Spießbürger oder unter der Zucht römischer Pfaffen, und ist es unser Verdienst, daß wir in glücklicherer Lage mit der Welt uns zurecht fanden? Weil unser Wachsthum und Selbstgefühl nur dadurch möglich wurde, daß jene ganz hinausgestoßen wurden in ihr kleinstaatliches Leben, — das legt uns auch eine Verpflichtung auf unser Gewissen gegen sie, gegen die Aermern, welche jetzt unsere Hilfe für sich gar nicht begehren. Ist das Sentimentalität? Sie ist doch deutsch.

Es ist wahr, das Verhältniß der Völker und Staaten zu einander wird nicht in der Weise wie das Leben der einzelnen Menschen durch Gemüth und ethische Grundsätze bestimmt; mit furchtbarer Gewalt machen sich hier ähnliche Lebensgesetze geltend, wie in der organischen Natur, fördernd und störend, aber über den harten Egoismus, durch welchen das Leben der Völker beschränkt wird, erheben sich immer versöhnend die idealen Empfindungen, welche aus den Seelen der Menschen zum Gemeingut der Völker werden. Jetzt fühlen wir gegen unsere Landsleute im Süden die patriotische Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß ihr politisches Gemüthsleben nicht völlig verderbe und verkümmere. Und wir sehen, je länger sie dieser Isolirung und Dede überlassen werden, um so ärger wird ihr Leiden.

Uns hat der Bundeskanzler freundlich gemahnt, wir sollen dankbar sein für empfangenes Gute und das Uebrige getrost dem Schicksal und ihm anheimgeben. Wir sind ihm wirklich recht dankbar, wenn wir es auch nicht alle Tage aussprechen; aber wenn eine Nation aufhört, das Unvollkommene und Unfertige ihres Daseins lebhaft zu empfinden, so ist das kein Beweis frischer Kraft.

♀